

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Bemerkungs-Sammelnummer: 25 241
Kurz für Redigierer: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1928 bei täglich zweimaliger Ausstellung frei Haus 1.10 Mark.
Postbezugspreis für Monat Juli 3.40 Mark ohne Postzulassungsgebühr.
Sammelnummer 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einmalige 20 mm breite Seite
25 Pf., für aufwärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne Rabatt
15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Seitenseite 200 Pf., außerhalb
200 Pf. Österreichische Gebühr 30 Pf. Auslandsgesetz gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Kleist & Reichardt im Dresden
Postleitzahl-Dienst 1068 Dresden

Rufnummern nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reichskanzler Müller in der Abwehr.

Babuschkin wieder aufgetaucht. — Todessturz aus dem Flugzeug in den Kanal. — Der größte Zerstörer der Welt französisch.

Aufmarsch der 2. Rednergarnitur.

Etwas mehr Leben im Reichstag.

(Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 5. Juli. An sich sollte die heutige Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung mit einer Rede des Abg. Oberschönen beginnen, der allerdings beim Aufruf durch den Präsidenten nicht schnell genug am Rednerpult war und deshalb dem Reichskanzler Müller den Vortritt lassen musste. Was kann nicht sagen, daß die polemische Auseinandersetzung des Reichskanzlers mit dem Oppositionsredner besonders geistreich gewesen wäre. Im Grunde hat Müller nichts anderes, als nach dem reichlich überarbeiteten Schema vorzugehen: „Er hat das gesagt, ich sage dazu das...“ Man hört nun, was zugegeben sei, aus sozialdemokratischem Munde, daß der Reichskanzler der Meinung ist, es bedürfe nicht der bejedrten Hervorhebung des Wortes „national“ in einer Regierungserklärung, da selbstverständlich das ganze Tun und Lassen einer deutschen Regierung der deutschen Nation dienen solle. Es wäre freilich nicht am Platze, nun etwa an solche Ausführungen die Hoffnung zu knüpfen, als beginne in der Sozialdemokratie durchweg das Nationale zu einer Selbstverständlichkeit zu werden. Das mag für einige wenige, eben an der Spize, der Fall sein, denen täglich der Wert und die Not der eigenen Nation sehr lebhaft demonstriert wird durch die Auseinandersetzungen mit anderen Staaten und Völkern. Schon eine Kategorie weiter unten ist ganz anders. Was erst die ganz kleinen bürgerlichen Agitatoren anlangt, die im Lande auf Stimmenfang ausgeben, da ist noch keine Spur von solchen Wandlungen zu bemerken. Müller kann also dem Oppositionsredner nicht viel Stichhaltiges entgegenstellen, und als der Abg. Dr. Oberschönen von den Deutschen Nationalen dann nochmals

eine scharfe Oppositionsfrage

spricht, wird es lebendig im Hause, und selbst auf der Regierungsbank fühlt man sich zu Zwischenrufen bemüßigt. Oberschönen spricht mit lebendigen Geisen und mit einem allen Theorien abgeneigten gesunden Menschenverstand. Vielleicht wäre seine Rede wirklicher gewesen, wenn er sich kürzer gefaßt hätte und nicht selbst in die bei Hermann Müller-Franken so stark gerückte epische Breite verfallen wäre.

Dann ergreift zum ersten Male der neue Reichsfinanzminister Helfferding das Wort. Er spricht aber nicht über Steuererleichterungen oder ähnliche aktuelle Fragen, er ergeht sich vielmehr in historischen Rückblicken auf seine kurze Ministerialität im Jahre 1923. Er versucht sich gegen den Vorwurf zu wehren, daß er es war, der selnerzeit Helfferichs Vorschläge zur Währungsstabilisierung sabotierte und diese damit um Monate hinaus verzögerte. Nach ihm bekommt dann der kommunistische Daueredner Stoeker das Wort, das Signal für die Abgeordneten aller Parteien, schlußigt in das Restaurant zu flüchten.

Fortschritt der Aussprache.

Berlin, 5. Juli. In der heutigen Reichstagsöffnung wird die Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt. Präsidient Löbe teilt mit, daß der Ausschussrat des Reichstages alle Anträge, also auch den nationalsozialistischen Vertrauensantrag angenommen hat.

Reichskanzler Müller

wendet sich in seiner Antwort auf die Ausführungen verschiedener Debatterndner zunächst gegen den Abg. Graf Westarp, der bemängelt hat, daß der alte Reichsregierung nicht der Dank ausgesprochen worden sei. Meinem Amtsvorgänger, so führt er aus, habe ich bei der Amtseinführung in der Reichskanzlei den Dank ausgesprochen für seine bisherige Tätigkeit. Ich wiederhole hier diesen Dank nochmals, weiß aber nicht, ob es notwendig ist, einen Brauch, der in parlamentarisch regierten Ländern nicht üblich ist, aufrechtzuhalten, daß der Minister v. Kneulell Wert darauf gelegt hätte, aus sozialdemokratischem Munde den Dank für seine Amtsführung zu erhalten. (Heiterkeit.)

Dann ist das Wort „national“ in der Regierungserklärung vermischt worden. 1. ist tatsächlich von der Förderung nationaler Interessen die Rede und 2. dienst die Erklärung der Reichsregierung der Förderung der Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Das Wort „deutsch“ muß nötigen und bedarf nicht der Unterstreichung durch „national“. Schon Abg. Breitfeld hat darauf hingewiesen, daß die Vorverhandlungen zur Regierungsbildung diesmal wesentlich kürzer waren als früher; allerdings hätte auch ich gewünscht, daß sie noch kürzer gewesen wären. Es ist auch nicht richtig, so betonte der Kanzler weiter, daß bei der Bildung dieser Regierung die Minister durch Abstimmung in den Fraktionen gefügt worden seien. Es ist auch deutlich genug gesagt worden, welcher Art die Regierung ist, denn es heißt in dem Programm, daß sie noch nicht auf Koalitionsmäßiger Grundlage beruht, d. h.

es ist die feste Absicht vorhanden, die dazu notwendige

Umbildung der Regierung baldig vorzunehmen. Wenn wirz bemängelt worden ist, daß in der Regierungserklärung nur mit wenigen Worten von der Reichsreform die Rede gewesen sei, so ist darauf hinzuweisen, daß

politischen Fragen Formulierungen gefunden hat, die darauf hindeuten, daß man wenigstens theoretisch die Absicht hat, die Arbeiten der vorigen staatsbürglerischen Koalition fortzuführen, wann hat man dann — und ich richte mich dabei an bestimmte bürgerliche Parteien — vorzeitig eine bürgerliche Koalition zerbrochen, die Hervorragendes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet geleistet hat? Ich bewundere den Mut der Deutschen Volkspartei, ihre politischen und wirtschaftlichen Ausschaffungen mehr mit den Sozialdemokraten als mit uns durchzugehen zu wollen. Ich erinnere die Deutsche Volkspartei an den

Mitscholg der Großen Koalition vom Jahre 1923 und erinnere daran, daß man damals denselben Reichsfinanzminister Dr. Helfferding hatte, der heute wieder dieses Amt bekleidet. Ich sage allen Mittelparteien, daß sie sich nicht darauf verlassen sollen, daß wir ihnen helfen werden, wenn sich Schwierigkeiten mit den Sozialdemokraten ergeben sollten.

Der Redner bespricht dann Steuererleichterungen und warnt vor Steuererleichterungen, die meist große Gefahren für den Staatsausgleich zur Folge hätten. Eine Befriedung unserer Finanzverhältnisse sei nicht eher möglich, als nicht das Missverhältnis aus der Welt gelöst werde, daß diejenigen, die die Steuern bezahlen, diese nicht zu bezahlen brauchen. Die Steuerbelastung der mittleren Volkschichten sei allerdings zu einer

Gefährdung der deutschen Kultur geworden. Der Redner fordert, daß vor allem mit dem Staatssozialismus Schluss gemacht werde. Wenn man die Kartellgesetzgebung ausdehnen will, dann solle man die sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften einbezogen. Wir dürfen uns nicht auf Hilfe von außen verlassen, sie kann nur von innen kommen. Dafür sei vor allem eine gesunde Landwirtschaft notwendig. Die Kräfte des Volkes müßten darum in die Scholle zurückverlegt werden. Der Redner dankte dem Minister Schiele für seine Arbeit auf diesem Gebiete und forderte entschieden ein Vereinreichnis der Zoll- und Handelspolitik. Der internationale Solidarität stelle die Deutschen Nationalen Partei entgegen die Idee der Volksgemeinschaft, die von beispiel Freiheitstradition und hoher Freiheitsliebe erfüllt ist und die Eigenwirtschaft des Volkes sichern will.

Danach nimmt

Reichsfinanzminister Dr. Helfferding

das Wort. Er wendet sich dagegen, daß Helfferich die neue Währung gemacht habe. Aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft und auch der Deutschen Nationalen Partei zu erhalten, habe er sich damals auf Kompromisse mit Helfferich eingelassen. (1) Er habe aber das Projekt Helfferichs grundlegend geändert. Von den Beamten des Finanzministeriums, so erklärt der Minister, sei er dem seinen Vorgesetzten auf Wärme unterstellt worden, namentlich auch von dem späteren Finanzminister Schiele. So wie er damals an der Stabilisierung der Währung und an der Herstellung des Gleichgewichts des Budgets gearbeitet habe, so habe er jetzt seine wichtigste Aufgabe darin, das Gleichgewicht des Budgets aufrechtzuerhalten und die Währung, die nicht im geringsten gefährdet sei, vor Verleumdungen zu schützen. Während der Redner machten die Kommunisten wiederholt stürmische Zwischenrufe, die den Präsidenten Löbe zu zahlreichen Ordnungsrufen an die kommunistischen Abgeordneten veranlaßten.

Abg. Stoeker (R.) wirft dem Reichsfinanzminister, der früher ein Buch über den Sturm der kapitalistischen Finanzwirtschaft geschrieben habe, vor, daß er sich heute als Beschützer und Retter dieser Finanzwirtschaft vorstelle.

(Bei Schluss des Blattes dauert die Verhandlung fort.)

Das Ende eines Großspekulanten.

Selbstmord oder Unglücksfall?

(Druckschrift unserer Berliner Schriftleitung.)

Der belgische Finanzmann Alfred Löwenstein ist auf dem Wege von London nach Dänemark aus einem Privatflugzeug, als es sich über dem Nermekanal befand, ins Wasser gestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Der plötzlich und unter mysteriösen Umständen erfolgte Tod Löwensteins erregt auch in Berliner Wirtschaftskreisen ungewöhnliches Aufsehen und hat heute die Börse stark beeinflußt. Bislang liegen noch keine zuverlässigen Nachrichten darüber vor, ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen Selbstmord handelt. Doch wird in unterschiedeten Kreisen allgemein das letztere angenommen. Nach einer Ansicht soll Löwenstein, der mit drei Sekretären und einer Dame in der Kabine seines Flugzeuges saß, plötzlich die Kabinentür geöffnet und sich in die Tiefe gestürzt haben, ehe ihn seine Begleitung davon hindern konnte. Seine Angestellten sollen dagegen der Ansicht sein, daß er einem Unfall

zum Opfer gefallen sei, indem er die Tür zur Toilette mit der Kabinentür verwechselte. Diese Darstellung verdient aber wenig Glauben. Es ist nämlich wegen des starken Lustdrucks absolut nicht leicht, die Kabinentür einer im Fluge befindlichen Maschine zu öffnen, so daß Löwenstein, wenn wirklich eine Verwechslung der beiden Türen vorliegen sollte, Zeit genug gefunden hätte, seinen Irrtum zu entdecken.

Nach allem, was jetzt über das Schicksal der letzten großen finanziellen Transaktionen Löwensteins bekannt wird, ist die Annahme eines Selbstmordes viel wahrscheinlicher.

Löwenstein, der stark an der internationalen Kunstseidenindustrie beteiligt war, wollte zuletzt für die Holding-Gesellschaft, in der seine belgischen, holländischen und amerikanischen Kunstseideninteressen zusammengefaßt waren, in Amerika eine große Anteile anzunehmen, stieß aber infolge der Entwicklung der Geldverhältnisse in den Vereinigten Staaten auf Schwierigkeiten. Man hielt jedoch Löwensteins Stellung für stark genug, um dieses Hindernis zu überwinden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß seine Lage nunmehr doch so schwierig geworden war, daß Löwenstein darüber den Kopf verlor und vielleicht in einem Anfall von Nervenzerrüttung seinem Leben ein Ende gemacht hat.